

## Protokoll der Stadtratsitzung Sulzbach-Rosenberg vom 25.03.2025

*Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben. Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind via <https://buergerinfo-sulzbach-rosenberg.digitalfabrix.de/info.asp> abrufbar.*

### TOP Ö 1: Anerkennung des Jahresbetriebsplans 2025 für den Stadtwald

*Beschlussvorschlag: Der Stadtrat stimmt dem vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Amberg-Neumarkt, Bereich Forsten, vorgelegten Jahresbetriebsplan 2025 für den Stadtwald und die Ökokontoflächen zu.*

☞ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

### TOP Ö 2: Anerkennung des Jahresbetriebsplans 2025 für den Bürgerspitalstiftungswald

*Beschlussvorschlag: Der Stadtrat stimmt dem vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Amberg, Bereich Forsten, vorgelegten Jahresbetriebsplan 2025 für den Bürgerspitalstiftungswald zu.*

☞ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

### TOP Ö 3: Beantragung von Stabilisierungshilfen; Entscheidung

*Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt der Beantragung von Stabilisierungshilfen in 2025 durchzuführen. Der Erste Bürgermeister Stefan Frank wird ermächtigt den entsprechenden Antrag zu unterzeichnen. Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang ebenfalls beauftragt, ein entsprechendes Haushaltskonsolidierungskonzept zu erstellen. Dieses Konzept ist dem Stadtrat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen..*

**Stefan Frank (CSU / JU):** Dieses Thema wurde ausgiebig auf der Klausur behandelt. Es wurde klar, dass die Beantragung von Stabilisierungshilfen keine Frage des Wollens ist, sondern eine Notwendigkeit von großer Dringlichkeit. Unser Haushalt wird belastet durch vier Posten, die außerhalb unserer direkten Einflussnahme liegen: Die steigende Zinsbelastung, steigende Personalkosten, geringe Gewerbesteuereinnahmen und eine gestiegene Kreisumlage. In wenigen Jahren ist kein ausgeglichener Haushalt mehr möglich, außer Pflichtausgaben werde kein Handlungsspielraum mehr sein.

**Wolfgang Berndt (DIE LINKE):** Bund & Land müssten umdenken. Werde gegen die Beantragung von Stabilisierungshilfen stimmen, da diese eine Mehrbelastung für die Bevölkerung bedeuten. Wir brauchen mehr Geld, aber keine höhere Belastung für jene, welche nichts dafür können.

**Joachim Bender (SPD):** Das Thema wurde ausgiebig diskutiert, man war sich einig, nur skeptisch zum Zeitpunkt, aber nun sei bekannt dass man die Stabilisierungshilfen heuer noch beantragen könne. Genehmigte Stabilisierungshilfen bedeuten auch höhere Förderquoten für nahende Investitionen. Wenn wir keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr aufstellen können, haben wir gar keine Entscheidungsfreiheiten mehr.

**Yvonne Rösel (Bündnis 90 / Die Grünen):** Schade, dass dieses Fass wieder aufgemacht wird. Es führt kein Weg an der Beantragung von Stabilisierungshilfen vorbei, wir müssen handlungsfähig bleiben, das ist unsere Pflicht als Stadträte.

**Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU):** Wir müssen die Stabilisierungshilfen unbedingt beantragen. An Wolfgang Berndt (DIE LINKE): Nicht wenn wir es tun, sondern wenn wir es nicht tun, leidet die Bevölkerung. Zudem muss klargestellt werden, dass mit der Genehmigung von Stabilisierungshilfen nicht alles Freiwillige gestrichen werden wird. Es erfolgt kein Kahlschlag, es liegt an uns als Gremium, wo der Rotstift angesetzt werden wird, deshalb Zustimmung zur Beantragung.

**Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS):** Mit der Beantragung von Stabilisierungshilfen vergeben wir uns nichts, wir bekommen etwas. Wir müssen den Haushalt konsolidieren, also etwas tun, was wir sowieso machen müssen, und bekommen noch Geld dafür. Wir können nicht auf neue Gesetze warten, die uns mehr Geld bringen.

**Günter Koller (CSU / JU):** Gut, dass die absolute Mehrheit hier für den Vorschlag ist. Es wäre fahrlässig, Millionen aus München angesichts unserer finanziellen Situation nicht zu beantragen/bekommen. Vor Jahren haben wir ein ähnliches Programm in Anspruch genommen, ohne dass sich Nachteile daraus ergeben hätten.

**Gerd Geismann (SPD):** Gibt zu bedenken: Wir können uns noch nicht sicher sein, die Stabilisierungshilfen tatsächlich genehmigt zu bekommen.

**Wolfgang Berndt (DIE LINKE):** Es gibt Gemeinden, die auch keine Stabilisierungshilfen beantragen wollen, ich weise den Vorwurf eines „unverantwortlichen Handelns“ zurück.

**Joachim Bender (SPD):** Für die Beantragung von Stabilisierungshilfen gibt es einen Begriff: Alternativlos.

☞ Dem Beschlussvorschlag wurde bei einer Gegenstimme (Wolfgang Berndt, DIE LINKE) zugestimmt.

#### TOP Ö 4: Kommunale Verkehrsüberwachung

*Beschlussvorschlag: [...]1. Die Stadt Sulzbach-Rosenberg tritt dem Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz bei; 2. Bis zum Wirksamwerden der Mitgliedschaft, d.h. mit In-Kraft-Treten der nächsten Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des ZV KVS Oberpfalz, verlängert die Stadt Sulzbach-Rosenberg die o.g. Übertragung der Aufgabe der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 des Straßenverkehrsgesetzes an den Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz. Die Stadt Sulzbach-Rosenberg schließt hierzu beiliegende Zweckvereinbarung mit dem Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz ab; 3. Zum Verbandsrat in der Verbandsversammlung des Zweckverbands wird in der laufenden Amtsperiode bestimmt: Herr Stefan Frank, Erster Bürgermeister der Stadt Sulzbach-Rosenberg Zu seiner Vertreterin in der Verbandsversammlung des Zweckverbands wird in der laufenden Amtsperiode bestimmt:Frau Rosalia Wendl, Leiterin örtl. Straßenverkehrsbehörde; 4. Der Abschluss der Zweckvereinbarung bzw. der Beitritt erfolgen auf der Basis der Verbandssatzung des Zweckverbands Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz in der geltenden Fassung und des vorliegenden Entwurfs der Satzung zur Änderung dieser Verbandssatzung (siehe beigefügten Entwurfsvorschlag). Die o.g. Verbandssatzung und der Satzungsentwurf sind wesentliche Bestandteile dieses Beschlusses; 5. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, die Zweckvereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der vorliegenden Form zu unterzeichnen.*

**Vortrag zum Probejahr des stellvertretenden Abteilungsleiters ‚Fließender Verkehr‘ des Zweckverbandes kommunale Verkehrssicherheit (ZV KVS) Oberpfalz, Herrn Kreml**

- die erste Messung erfolgte im Mai 2024
- gebucht waren 25 Stunden pro Monat
- an 21 Messstellen wurden 58 Messungen durchgeführt
- höchste Quote an Geschwindigkeitsverstößen (ca. 47 %) Ortseinfahrt Siebeneichen aus Poppenricht
- Statistik: Bei einer Aufprallgeschwindigkeit von 50 km/h enden zwei von zehn Kollisionen zwischen einem Pkw und Fußgängern tödlich, 65 km/h bereits acht von zehn
- wenn 15 Meter vor einem fahrenden Pkw ein Kind auf die Straße läuft, kann man bei 30 km/h mit einer Gefahrenbremsung rechtzeitig abbremesen, 40 km/h kommt es zu einer Kollision, bei 50 km/h erfolgt die Kollision ungebremst (Reaktionszeit reicht nicht zur Einleitung der Gefahrenbremsung aus)
- Neben der Geschwindigkeitsüberwachung gibt es auch Messgeräte für die Verkehrszählung ohne Ahnung, die sieben Tage am Stück rund um die Uhr laufen.

**Ralf Volkert (SURO2030):** Zusätzlich zur Überwachung des fließenden Verkehrs bietet der Zweckverband auch andere Dienstleistungen an, wie zum Beispiel zum Thema Elterntaxi: Vorträge an Schulen, Aufklärungsarbeit, Konzepte. Sind diese Dienstleistungen nur über eine Mitgliedschaft beim Zweckverband buchbar?

**KremI:** diese Dienstleistungen sind nur bei einer Mitgliedschaft möglich und dort gratis mit im Angebot. Zum Thema Elterntaxi könne man sich ansehen, wie man den Schulweg ohne Eingriff in die Infrastruktur sicherer machen könne, auch in Zusammenarbeit mit den Eltern und den Schulen.

**Joachim Bender (SPD):** eine Quote von 47 % bei Geschwindigkeitsverstößen in Siebeneichen ist heftig. In einer Verkehrsschau war das bereits ein Thema. Geschwindigkeitsüberwachungen bieten eine vorübergehende Lösung, eine dauerhafte Lösung wäre bauliche Maßnahmen wie zum Beispiel Berliner Kissen, ist das bereits in der Verwaltung in Arbeit? Die Verkehrszahlen in der Kettelerstraße und St-Georg-Straße zeigen, dass es sich hier um Hauptumfahrungsstraßen zur Rosenberger Straße handelt, was könne man da machen?

**Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten):** Die Situationen Siebeneichen war bereits Thema einer Verkehrsschau. Bei der Auswahl der Messstellen geht die eigene langjährige Erfahrung ein, sowie Beschwerden aus der Bevölkerung. Daraus wurde eine Liste erstellt, die den gleichen Voraussetzungen genügen muss wie für von der Polizei betriebene Messstellen. Diese Liste ist nicht abschließend, sondern kann jederzeit geändert werden. Am Loderhof ist die Straße vor dem Seniorenheim ein schützenswerter Bereich, es wird empfohlen, wo es erlaubt ist, zu parken, um gerade bei breiten Straßen so die Geschwindigkeit der Autofahrer zu begrenzen.

**KremI:** Durch die gerade Straßenführung herrscht auf der Kettelerstraße viel Verkehr mit oft überhöhter Geschwindigkeit. Am Loderhof sind Messstellen schwer zu bedienen, es gäbe nicht viele geeignete Orte. Parkende Autos bremsen den Verkehr aber sehr gut aus.

**Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS):** Bauliche Maßnahmen sind effektiver als Geschwindigkeitsüberwachungen. Diese solle man an neuralgischen Stellen in Betracht ziehen, das ist kein Hexenwerk, in Italien und Frankreich Gang und gäbe.

**Bettina Moser (SPD):** Die Kettelerstraße ist die längste Zone 30 Straße in Sulzbach-Rosenberg, aber nur einmal als solche an ihrem Beginn gekennzeichnet. Könne man „Zone 30“ an mehreren Stellen auszeichnen?

**Hildegard Geismann (SPD):** Habe selbst den Antrag gestellt, auf der Kettelerstraße alle paar 100 Meter das Piktogramm „30“ auf die Straße zu markieren, habe das in einer anderen Gemeinde an einer Schule so gesehen.

**Rosalia Wendl (Bürgerangelegenheiten):** Wir haben hier schon nachjustiert, dass „Zone 30“-Symbol kann entlang einer Straße wiederholt werden, dafür können wir als Stadt nicht belangt werden, es muss gegebenenfalls je nach Verkehrsdichte nachmarkiert werden.

è Dem Beschlussvorschlag wurde bei zwei Gegenstimmen (Dr. Patrick Fröhlich, Karl Reyzl (CSU / JU)) zugestimmt

#### TOP Ö 5: Gesetzesänderung für Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses von kommunalen Unternehmen

*Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Werkausschusses die Neufassung der Betriebssatzung in der als Anlage zum Protokoll vorgelegten Form.*

è Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

#### TOP Ö 7.1 Vergabe Planungsauftrag - Anbindung Loderhof- und Schillerstraße an den Hitzelmühlweg

*Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 18.03.2025, AZ: IV-6312/Stz/st – Anbindung Loderhof, zur Kenntnis und beschließt, dass die Bauverwaltung aufgefordert und ermächtigt wird, die Planung für die Anbindung der Loderhof- und Schillerstraße an den Hitzelmühlweg unter Betrachtung beider Varianten wiederaufzunehmen und Angebote für die Planung einzuholen, sowie den 1. Bürgermeister Stefan Frank zu ermächtigen, den Planungsauftrag zu erteilen..*

**Michael Schulz (FWU):** Möchte noch einmal unsere Stellung verdeutlichen: Die verkehrstechnische Anbindung des Loderhofs ist seit 30 Jahren Thema. Jetzt gibt es ein neues Baugebiet, das Mehrfamilienhaus wurde gebaut, eine solche Anbindung sei sehr hilfreich und sinnvoll, wir werden zustimmen.

**Joachim Bender (SPD):** Das Thema wurde auf der letzten Sitzung ausführlich diskutiert, beide Vorschläge wurden abgelehnt. Jeder weiß, dass wir durch das Neubaugebiet eine Anbindung nach unten brauchen. Wir sollten die Planer anhören, dann eine Entscheidung treffen.

**Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU):** Das Thema Anschluss hat das Gremium schon lange beschäftigt. Bei vielen anderen Themen ist man im Nachhinein schlauer gewesen. Maßt sich nicht an, zu wissen, was der richtige Weg ist. Er habe fünf E-Mails von Bewohnern des Loderhof bekommen, die der Meinung waren, dass eine solche Anwendung nichts bringen würde. Der Facebook Beitrag der SPD suggeriert, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Das Gutachten aus 1993 sagt, dass er Nebenabfluss „möglich und eventuell geeignet“ sei. Der mit 11 : 0 einstimmig im Jahre 2021 gefasste Beschluss eines Verkehrskonzeptes ist noch nicht umgesetzt, er halte daran fest. Fachleute müssen entscheiden, wie man den Loderhof entlasten kann. Jetzt wird mit dem Begriff Zeitdruck argumentiert, aber das im Jahre 2021 einstimmig beschlossene Verkehrskonzept wurde noch nicht beauftragt. Sieht aber keinen Sinn darin, aus politischen Gründen gegen diesen Beschluss zu sein, werde dafür stimmen, Planungsleistungen zu beauftragen, ohne sich etwas zu vergeben. Diese müssen nicht zwingend in die Praxis umgesetzt werden. Wenn das Gutachten sie als sinnvoll erachtet dann ja, wenn nicht, dann ab in die Schublade damit. Parallel zum heutigen Beschluss solle das Verkehrsgutachten endlich auf den Weg gebracht werden, als Grundlage für die weitere Planung.

**Bettina Moser (SPD):** das im Jahre 2021 einstimmig beschlossene Gutachten soll ein Gesamtkonzept werden, die heute zu beschließende Verlängerung ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Sie habe auch viele E-Mails von Bewohnern des Loderhof bekommen, die dem Anschluss

positiv gegenüberstehen. Baulich habe sich seit 1993 nicht viel verändert, aber es gäbe mehr Bewohner. Das Gutachten solle in Auftrag gebracht werden.

**Gerd Geismann (SPD):** Möchte an dieser Stelle das Versprechen des Stadtrates an die Kinder des Loderhof in Erinnerung rufen, dass das „Loderhoperl“ erhalten bleibt.

**Wolfgang Berndt (DIE LINKE):** Damals gab es weniger Autos, werde dem Beschluss zustimmen, dass endlich etwas in die Wege geleitet wird. Zur Planung müsse ein fester Zeitplan aufgestellt werden.

**Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU):** Das Verkehrskonzept wurde in 2021 ohnehin beschlossen, und müsse daher heute nicht in die Beschlussvorlage?

**Harald Mizler (Haupt- und Rechtsreferat):** Es handelt sich um einen Beschluss nicht widerrufen wurde, und daher zu vollziehen ist.

☞ Dem Beschlussvorschlag wurde bei drei Gegenstimmen (SURO2030) zugestimmt

#### TOP Ö 8.1 Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der 57. Sitzung des Stadtrates vom 25.02.2025 und der 16. Sitzung des Umwelt-, Bau- und Planungsausschusses vom 13.03.2025

- Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans „Ehem. TV-Sportgelände an der Bayreuther Straße“; Vergabe der Bauleitplanung
- Brückenerneuerung Brücke am Eislaufplatz BW 15; Vergabe der Brücken- und Tiefbauarbeiten
- Ausbau der Kreisstraße AS 13 Obersdorf; Vergabe der Bauleistungen und Kostenvereinbarung mit dem Landkreis Amberg-Weizbach
- Heizungserneuerung Sing- und Musikschule / Bibliothek; Auftragsvergabe
- Errichtung einer Kindertageseinrichtung auf dem Bolzplatz, Schloßbergweg 10A (Interimslösung)

#### TOP Ö 9: Anfragen

**Joachim Bender (SPD):** Auf der Baustelle Waldbad habe er neben dem Kinderplanschbecken eine große betonierte Fläche für Tischtennisplatten gesehen. Warum eine Betonplatte und Tischtennisplatten neben dem Planschbecken? Wann wurde das von wem beschlossen?

**Stefan Frank (CSU / JU):** Habe dies auch gesehen und sich die gleiche Frage gestellt. Im Sportbereich seien zwei Tischtennisplatten vorgesehen. Scheinbar habe das Waldbad-Gremium das so beschlossen. Es ist wohl eine Tischtennisplatte neben dem Kinderplanschbecken geplant.

**Joachim Bender (SPD):** Warum eine so große Betonfläche?

**Stefan Frank (CSU / JU):** Sei ein bestehender Beschluss des Gremiums.

**Dr. Patrick Fröhlich (CSU / JU):** Dort bietet sich eine Betonfläche mit Tischtennisplatten nicht an, eventuell verlegen.

**Stefan Frank (CSU / JU):** Gehe der Sache nach.

**Dr. Martin Pöllath (FDP / FWS):** Anfrage eines Bewohners des Lobenshof: Dort gibt es im Abwasserproblem, Grünanlagen saufen ab, es existiert keine Straßentwässerung, ist ein Kanalanschluss in Planung?

**Matthias Seitz (Baureferat):** Das Problem ist lange bekannt, es gibt einen Anschlusszwang, das Thema werde in Angriff genommen.

**Ralf Volkert (SURO2030):** Wann erfolgt die Eröffnung des Boule-Platzes?

**Stefan Frank (CSU / JU):** In der letzten April Woche.

TOP Ö 10: Anträge gem. § 25 Abs. 1 GeschO-Stadtrat (keine)

TOP Ö 11: Anträge gem. § 25 Abs. 2 ff. GeschO-Stadtrat (keine)

Gez. Christian Koch, 25.03.2025